

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

159 (13.7.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERTTATIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHE

Anzeigenpreise Die 10 gezeichneten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegend-
anzeigen und Stiefelzeile 8 Pfennig. Die Restzeile-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des
Schlagwortes, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Anzeigen anderer Art tritt. Geschäfts-
zeit: Montag bis Samstag 8 bis 12 Uhr, Sonntag 10 bis 12 Uhr. Druckerei: 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. durch die Post
2,00 Mark o. ohne Zustellung 1,70 Mark o. ohne Zustellung 1,40 Mark o. ohne Zustellung
Vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 2000 Mark o. ohne Zustellung 1,70 Mark o. ohne Zustellung
Karlstraße 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Nummer 159

Karlsruhe, Montag, den 13. Juli 1931

51. Jahrgang

Schicklalsstunden Deutschlands

Soll das Deutsche Reich durch nationalistic-faschistische Katastrophopolitiker zertrümmert werden?

Immer mehr zeigt sich, daß trotz der Hooverate-
pause und trotz der neuen Kredite die deutsche Kata-
strophopolitiker nicht locker lassen, um die deutsche
Wirtschaft völlig zu zerstören, damit auf dem Trümmer-
haufen des zusammengebrochenen Reiches der faschistische Wei-
gen blühen kann. Der starke Devisenabgang vom
letzten Samstag und die allgemeine Börsenroute zeigt,
wohin die reaktionären Wirtschaftskreise ziehen. Die Angriffe
gehen diesmal neben Devisenbankrott auf Bankaktie
ebensofort wie auf die Schiffahrtsaktien, so daß an
den Börsen, die als ein allgemeiner Gradmesser angesehen
werden kann, ein fürchtbares Durcheinander herrscht, dessen
Kosten Deutschland zahlen muß.

Wohin diese Dinge bereits geführt haben, sehen wir daran,
daß die Darmstädter und Nationalbank, eine der
größten deutschen Banken, ihre Schalter geschlossen hat. Die
Riesenspektren der deutschen Industrie, die zum größten Teil
von sehr nationalen Herren, ja von den Protokto-
ren der Hitlerbewegung geführt wird, wirken sich
aus. Während dem deutschen Volke dauernd Lohnabbau und

festgefahrener Industrie- und Bankbarone zu stützen. Das
tann und darf nicht so weitergehen, soll die Kraft der Reichs-
bank nicht vertan werden. Diese Kraft dient dem Währungs-
schutz, dem Schutz des Volkes. Sie darf nicht in die Taschen
von Bankrotteuren fließen.

Hier liegt direkt und indirekt der Grund der Börsenschwäche.
Denn daraus erklärt sich der anhaltende Abzug von
Devisen, der von Tag zu Tag neue Unruhe in die Börse
trägt. In diesem Zeichen vollzog sich schrittweise ein kräftiger
Abbau der Kurse. Er trifft vor allem die großen Banken,
die sich billig eingebettelt zu haben glaubten und nun statt Ge-
winnen neue Verluste buchen müssen. Selbst die Aktien der
größten Konzerne blieben nicht unberührt, im Gegenteil,
gerade sie werden auf den Markt geworfen. Wenn bei
Deutsche Linoleum und den Continentalen
Gummierwerken in Hannover die Kurse um etwa 10 Pro-
zent gesunken sind, dann sind sie ebenfalls bald auf dem Ni-
veau von Karstadt und anderen angekommen, also No-
valeurs, wertlos. Und alles das waren noch vor zwei
Jahren Repräsentanten der deutschen Wirtschaft! Aber man
hat uns erzählt, diese kapitalistische Wirtschaft ist gesund.
Die Börse glaubt nicht mehr daran.
Die deutsche Wirtschaft brennt lichterloh. Was gedenkt
man zu tun?

rubiae Abwicklung der Geschäfte der Danatbank Sorge
tragen.

Sitzung des Reichsbankdirektoriums

Berlin, 12. Juli. Das Reichsbankdirektorium ist heute nachmittags
zu einer längeren Sitzung unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten
Dr. Luthers zusammengetreten.

Geheimrat Woffe von der Reichsbank ist vom Berliner Flughafen
mit einem Sonderflugzeug an Stelle des Reichsbankpräsidenten Dr.
Luther nach Basel abgeflogen.

Zweitägige Schließung der preussischen Börsen

Berlin, 12. Juli. Auf Anordnung des preussischen Ban-
delministers sind am Montag und Dienstag die Börsen in Preu-
ßen geschlossen. Es ist anzunehmen, daß die gleichen Maßnahmen
auch von den übrigen Ländern getroffen werden.

Diplomatische Schritte Deutschlands

Paris, 12. Juli. Der deutsche Botschafter v. Hoesch hat heute
abend Ministerpräsident Cabal aufgesucht, um ihm eine Darstel-
lung der ersten Finanzlage Deutschlands zu geben.

Washington, 12. Juli. Das Staatsdepartement wurde durch den
amerikanischen Botschafter in Berlin, Sedatt über die erste
deutsche Finanzlage unterrichtet.

London, 12. Juli. In einer Sitzung der Londoner Asset- und
Bankhäuser wurde die Herbeiführung eines Abkommens be-
schlossen, weitere Kreditkündigungen in Deutschland nicht vorzu-
nehmen.

Newport, 12. Juli. Unterrichtete Bankkreise Newports erwarten
ein Kreditarrangement für die Reichsbank anfangs nächster Woche.
Die Reservebehörde setzt bei ihrer Beteiligung eine Befassung der
kurzfristigen Kredite in Deutschland voraus.

Ausländische Stimmen

London, 12. Juli. Die Sunday Times dringt wieder die
englischen Anregungen (Schluss mit Panzerkreuzer und Zoltanion),
die aus jenen Zeitungsartikeln in Times und Daily Herald
bekannt sind. Die weitere französische Forderung nach Auflösung
verschiedener politischer Organisationen in Deutsch-
land fügt das Blatt bei dieser Gelegenheit hinzu. Westham Steed
vertritt in dem gleichen Blatt die Ansicht, die offene Politik
Englands — und damit meint er, daß man Deutschland ein-
mal klarmachen sollte, daß es den Krieg verloren hat — sei gleich-
zeitig die wohlwollendste.

Paris, 12. Juli. Der ehemalige französische Ministerpräsident
Herriot erklärte in einer Rede in Lyon: Wir wollen, daß
unser Nachbar der Deutschen Republik und nicht
ihren Gegnern helfe. Wir wollen, daß sie der Sache des
Friedens dienen und nicht bedrohlichen Flottenrüstungen. Wenn
Deutschland findet, daß wir, indem wir so reden, uns in seine
inneren Angelegenheiten einmischen, dann möge es selbst die
Initiative zu den von allen Friedensfreunden gewünschten
Maßnahmen ergreifen. Auf alle Fälle gibt es eine Abklärung, die
nichts kostet, das ist die zeitige Abklärung.

Das Ergebnis der Kabinettsberatungen

Die Beratungen des Reichskabinetts lassen eine
Bestätigung erwarten, die der Reichsregierung die Er-
mächtigung gibt, bei Banken, deren Finanzlage einer Stüt-
zung bedarf, eine Garantie zu geben; ferner wird eine
Verfügung herauskommen, die sich mit der Regelung des
Devisenverkehrs befaßt.

Ob die amerikanische Finanzwelt eingreift, ist nach wie vor
ungewiß. Deutschland ist jedoch nach wie vor darum bemüht.

Luther II



Dr. Luther, wo bleibt die Tinte?

Nach Luthers Rückkehr

Beratungen des Reichskabinetts

Unter Druck der Rückreise Luthers und in Erwartung des Zu-
sammentritts der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
am Montag vermehrten sich am Samstag die Devisenverluste der
Reichsbank. Sie werden mit rund 100 Millionen Mark angegeben.
Gegenüber diesen pessimistischen Faktoren hatte die vorliegende
Meldung aus Nordamerika, daß die dortigen Großbanken zu einem
Kredit an Deutschland bereit sind und daran mitwirken wollen, die
Kreditkündigungen in Deutschland abzufangen, nicht die Wirkung,
die sie eigentlich haben mußte.

Man darf nicht im Zweifel sein, daß an den gegenwärtigen Ab-
läufen in höchstem Maße das Inland beteiligt ist. Die Kapital-
flucht deutscher Kreise hat sich verschärft und man muß der so ge-
nannten seriösen Wirtschaft den Vorwurf machen, daß auch sie sich
daran beteiligt. Schon mit Rücksicht auf das Ausland muß die Re-
gierung hier nach Mitteln suchen, um eine weitere Kapitalflucht
einzudämmen. Der Versuch muß unverzüglich gemacht werden, trotz
der Schwierigkeiten, die einer Befämpfung der Kapitalflucht immer
entgegenstehen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther, der am Samstag nachmittags
um 4 Uhr von seiner Pariser Reise nach Berlin zurückkehrte, er-
stattete dem Reparationskomitee der Reichsregierung unter dem
Vorsitz des Reichsfinanzministers sofort Bericht über den Gang seiner Ver-
handlungen. Luther bestätigte, daß der gewünschte große Auslands-
kredit zunächst noch nicht zu erlangen ist. Deutschland wird des-
halb nach der Auffassung der Reichsregierung wenigstens für die
aller nächste Zeit verhalten müssen, sich aus eigener Kraft weiter
zu helfen, soweit nicht Amerika Hilfe leisten wird. An den Ka-
binettsberatungen nahmen auch Vertreter führender Banken teil.
Die Verhandlungen nahmen noch den ganzen Sonntag in Anspruch.

Die Danatbank schließt die Schalter!

Berlin, 12. Juli. Die Darmstädter und Na-
tionalbank hat mitgeteilt, daß sie genötigt sei, ihre Schalter
am Montag geschlossen zu halten. Die Reichsregierung hat
die Danatbank zu folgender Erklärung ermächtigt:

Die Regierung wird auf Grund einer im Laufe des heutigen
Tages ergehenden Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten
durch volle Garantieleistung für alle Einlagen eine

Bankrotte Wirtschaftsführer

Die Berliner Hitlerpresse schweigt

Der Vorwärts macht zu dem von uns bereits behandel-
ten Kardwollekandal Lahusen folgende zutref-
fende Ausführungen:

Wo bleibt die Entrüstung der Nationalso-
zialisten über das ungeheure Wirtschaftsverbrechen Kard-
wolle, diesen kapitalistischen Riesenandal, von dem Kenner
sagen, daß er der zweitgrößte der neueren Wirtschaftsge-
schichte ist?

Sie schweigen!
Sie müssen schweigen; denn die Schuldigen sind ihre
Auftraggeber. Die Wirtschaftsführer, die mit Grauen die Folgen
ihrer Unfähigkeit herannahen sehen, haben sich
die Hitler-Bewegung verschrieben, sie haben sie
gestützt und finanziert, damit der Amoklauf der Hitler-Bande

die Aufmerksamkeit von ihrer Schuld abziehen sollte. Der
Versuch, jetzt wieder laut über Erfüllungspolitik zu schreien,
soll den Wirtschaftskandal in den Hintergrund drängen.

Heute ist weithin sichtbar und der letzte Mann im
letzten Winkel Deutschlands wird es erkennen, wer Deutschland
in den Abgrund dieser Krise gestürzt hat! Nicht die Er-
füllungspolitik, sondern die Unfähigkeit, die Engstirnigkeit,
der Besitzgierismus sogenannter Wirtschaftsführer!

Sie sagen Erfüllungspolitik, um von dem Namen
Lahusen abzulenken. Denn Lahusen — das ist Fleisch
von ihrem Fleische, Blut von ihrem Blute! Lahusen steht
Hugenberg besonders nahe, er hat ein deutschnatio-
nales Blatt subventioniert, um im Geiste Hugenberg-
bergs Propaganda zu machen. Während die Lahusen Schind-

Sparjamkeit gepredigt wird, verspekulieren nationale Groß-
spekulanten das deutsche Volkvermögen, ohne daß die Staats-
anwälte mit jener Energie einschreiten, die gerade hier am
Platz ist.

Wir ringen in Deutschland um jeden Strohhalm Rettung
und in dieser Situation steht das Brüderpaar Hugenberg-
Hitler auf und proklamiert den „Endkampf“. Wenn man
auch in Deutschland die bombastischen Worte Hugenberg-
Hitlers nicht so ernst nimmt, so nimmt man sie im Ausland
sehr ernst. Man leiht keinem Volke Geld, von dem große Teile
gegen das Ausland nationalistic Drohungen
ausprechen und im Inland den Bürgerkrieg ankündigen.
Man hat in Deutschland auch vor einigen Jahren die von
Hugenberg angekündigte Offensive gegen
die Welt nicht ernst genommen, heute sehen wir die
Früchte.

Wenn ein kleiner Gefreiter aus irgendeinem
Reichswehrregiment etwas verplaudert — und was kann
schon ein Gefreiter ausplaudern — und es kommt an den so ge-
nannten Nachrichtendienst einer ausländischen Macht, dann
hat dieser Gefreite sein Land verraten und er wird, mit allem
Recht, über die Höhe der Strafe können man streiten, mit
Zuchthaus bestraft. Er hat sein Land geschädigt bzw.
wollte er sein Land schädigen. Hier verraten zwei, Hugenberg
und Hitler, in aller Öffentlichkeit und in aller Form
ihre Väter! Die Auswirkungen werden wir ja bald merken. Wie
lange will man sich das, schon mit Rücksicht auf unseren Aus-
landskredit, gefallen lassen?

Allen diesen Dingen gegenüber war die mit großem pa-
triotischem Pomp aufgelegte „Garantieaktion“ von
„1000 ersten Firmen“ eine schwere Enttäuschung und eine
fürchterliche Blamage. Man hat schließlich mit Rühr-
seligkeit versucht, die eigenen Verluste auf andere abzuwälzen,
und wundert sich, daß das ausländische Kapital nicht mit bei-
den Händen danach greift. So hat die Reichsbank bereits
Millarden auf ihre Schultern nehmen müssen, um den Sessel

Inder mit den deutschen wirtschaftlichen Interessen und dem deutschen Kredit gespielt haben, haben die Hiffer und Hugenberg durch ihr politisches Treiben den deutschen Kredit systematisch unterwühlt.

Die 200 Millionen Verluste der Nordwolle, die kritische Lage der gesamten deutschen Kreditwirtschaft, die ungeheure Bedrohung der nackten Existenz der Arbeiter, Angestellten, Beamten, des gesamten Mittelstandes ist die Folge des Systems, in dem sich unfähige Wirtschaftsführer und politische Katastrophentreiber die Hände zu gemeinsamem Vorgehen reichen!

Das Berliner Organ der Nationalsozialisten enthält in seiner gestrigen Ausgabe das Wort Nordwolle nicht eine Zeile, nicht ein Buchstabe über die 200-Millionenpleite. Die Landsknechte bankrotter Wirtschaftsführer dürfen nicht erfahren, was in Wahrheit das deutsche Wirtschaftsgebäude erschütterte.

Wo bleibt die Sühne?

In allen kapitalistischen Ländern sind derartige Skandale mit schwersten Folgen vorgekommen.

England hatte in den beiden letzten Jahren den Bankrott des großen Satro-Konzerns, die großen Verluste in Höhe von 300 Millionen Mark bei dem Schiffabstomsern Royal-Mail, Frankreich den Dufresne-Skandal,

Italien — heute unter dem Faschismus geradezu ein Schulbeispiel großkapitalistischer Korruption größten Stils — seinen Fall Guasino und noch eine Reihe anderer großer offener oder verschleiierter Bankrotts,

Belgien Levensteins Glüd und Ende, Dänemark und Oesterreich große ominöse Bankzusammenbrüche und so fort.

Wo aber im Ausland in derartigen Fällen Betrügereien und offensichtliche Leichtfertigkeit in der Öffentlichkeit aufgedeckt wurden, hat man unerschrocken ohne Ansehen der Person zugegriffen. Satro, der Konzerngewaltige Englands, ist wenige Monate nach dem Zusammenbruch seines Konzerns und der Aufdeckung seiner Verfehlungen zu 15 Jahren schwerem Kerker verurteilt worden.

Daß man bei uns, was eigentlich in einem Rechtsstaat selbstverständlich sein dürfte, die für Verluste Verantwortlichen wenigstens mit ihrem Vermögen heranzuziehen, sind offensichtliche Verfehlungen geahndet worden? Es gehört zunächst zum Ehrenkodex, daß für geschäftliche Fehlentscheidungen die verantwortlichen Wirtschaftsführer auch dort, wo ein klarer, rechtlicher Haftungsanspruch besteht, nicht weiter befristet werden. Die Aktionäre bleiben gemächlich bei Stellung berechneter Rechenbeiträge in einer hoffnungslosen Minorität gegenüber der solidarisierenden Verwaltungsräte.

So konnte die Ufa durch leichtsinnige politisch gefärbte Geschäftsführung infolge der unfähigen Aufsichtsanstalten 40 Millionen Mark verlieren. Herr von Staub, der hierfür verantwortliche Direktor der Deutschen Bank, erhielt hieraufhin noch weitere Aufsichtsratsmandate und die Legitimation für Verhandlungen mit Stiller.

Der Zusammenbruch der Osthandels-Gesellschaft Aktiengesellschaft brachte sehr große Kapitalverluste. Allein die Deutsche Bank mußte 36 Millionen Mark Verluste abbuchen. Der verantwortliche Direktor Dr. Bonn wurde zur Belohnung mit einer großzügigen Studienreise nach Ostafrika belohnt.

Der Großindustrielle Otto Wolf konnte unangefochten die Mansfeld A.G. durch Aktienschiebung schädigen.

Für die leichtsinnigen Geschäfte der deutschnationalen Direktoren der Deutschen Reichsbank, die 75 Millionen Mark in „Ostwolle“ verpekulierten, besorgten für die Mißwirtschaft der Ostbank für Handel und Gewerbe Sauerbrens mußte der preussische Staat aufkommen. Der Karstadt-Bankrott brachte für die großen Feilschdispositionen und Verluste gleichfalls nicht aufkommen, da dies nur von einer nicht ausreichenden Minorität in der Generalversammlung verlangt wurde.

In einzelnen Fällen durchgeführte Strafverfahren ließ man unverständliche Nachsicht walten, so bei den anrüchigen Anleihen-Geschäften von Stinnes junior, der noch heute mit der „weißen Weste“ herumspazieren kann, die ihm sein tüchtiger Verteidiger, Asberg, beschleunigte.

Daß man schon durch die materielle Schonung der Verantwortlichen eine Gefährdung der Wirtschaftsmoral verhindert, so noch mehr durch die Tatsache, daß man selbst bei strafbaren Verfehlungen bestenfalls die kleinen Sünder zur Rechenhaftigkeit zog, die großen aber unbehelligt laufen ließ.

Wir bilden uns nicht ein, daß man durch Rechtsvorschriften alle Mißstände und Demoralisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems austrotten kann. Man kann aber nur durch unerschrockene Anwendung der Gerechtigkeit die Verantwortlichen locher Leichtfertigkeit und kapitalistischen Abenteuerismus eindämmen, nur durch dauernde weitreichende Kontrollen und tiefgehende Durchleuchtung der großen Wirtschaftskörper die Schädigungen der Gesamtwirtschaft abzuwehren versuchen.

Wer den untergrabenen Kredit der deutschen Wirtschaft wieder aufzurichten will, wer die deutsche wirtschaftliche Atmosphäre bereinigen will und für die Zukunft derartigen großkapitalistischen Ausschreitungen vorbeugen will, der muß unverzüglich und energisch durchgreifen!



Dr. Karl Rahsen, der Generaldirektor des zusammengebrochenen Nordwolle-Konzerns in Bremen, wird jetzt vor Gericht gestellt werden, da ihm von den Gläubigern Vergehen gegen das Kontingentgesetz vorgeworfen werden. Die Zahlungseinstellung der Darmstädter Bank ist eine Folge dieses Zusammenbruchs.

Dreiwöchiges Verbot des Völkischen Beobachters

München, 12. Juli. Einem Erlassen des Reichsministers des Innern entsprechend, wurde der in München erscheinende Völkische Beobachter in seiner Bayern- und Reichsausgabe von der Polizeidirektion München auf drei Wochen verboten. Der Reichsminister des Innern erblickt in den Ausführungen, die in den Nummern 186/87 und 190/91 dieser Zeitung vom 5./6. und 9./10. Juli 1931 enthalten waren, einen Vorstoß gegen die Verordnung vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen und in den Ausführungen der Nummern 193/94 vom 12./13. Juli eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des bayerischen und preussischen Staatsministers des Innern sowie der Mitglieder der Reichsregierung.

Berliner Universität erneut geschlossen

Neue Ausschreitungen

Berlin, 11. Juli. Wegen der letzten Unruhen an der Berliner Universität fand heute vormittag im Universitätsgebäude eine Sitzung statt. Auf den Korridoren kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu Tätlichkeiten. Der Rektor sah sich veranlaßt, sofort die Universität räumen zu lassen. Die Räumung wurde durch Universitätsbeamte durchgeführt und die Universität auf einen Tag geschlossen. Die Polizei war auf Ueberfallwagen zur Stelle.

Der Senat der Universität hat nach eingehender Voruntersuchung in seiner Sitzung die Disziplinarverfahren der letzten Zeit behandelt und bei sieben Studierenden auf Entfernung von der Universität Berlin erkannt. Vier von ihnen gehören der rechtsradikalen, drei der linksradikalen Gruppe an. Gegen zwei Studierende beider Gruppen wurde auf Androhung der Entfernung erkannt. Zwei Studierende beider Gruppen wurden freigesprochen. Drei Studierende wurden vom Rektor mit einem lebenslangen Ausschluss bestraft, weil sie sich an den Ausschreitungen beteiligten, die nur im Falle ehelicher Gesinnung in Frage kommen und den völligen Ausschluß vom Universitätsstudium bedeuten würden, ist vom Senat in keiner Weise verurteilt worden.

Waffenlager aufgedeckt

Berlin, im Juli. Bei dem Küchenmädchenmeister Laska in der Auguststraße wurde von Beamten der politischen Polizei mit Unterstützung eines Aufgebots von Schutzpolizei eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die die Aufdeckung eines Waffenlagers von ungewöhnlichem Umfange zum Resultat hatte. Bei der Durchsuchung fanden sich im ersten Stock gelegenen Wohnung Laskas, der der Besitzer des Hauses ist, in seiner im Hinterhaus gelegenen Werkstatt und eines Verließes über dem Hausflur wurden gefunden: 1 leichtes Maschinengewehr, 1000 Seitengewehre, 500 Armeepistolenläufe 08 (Parabellum), 3 Karabiner, 1 österreichisches Armeegewehr, 2 Trommelrevolver, 5 vollständige Parabellumpistolen, 12 Karabinerläufe, 2 Handgranaten, einige hundert Schuß Karabiner 88- und 08er-Munition, sowie einige 100 Schuß Pistolenmunition. Die Pistolen waren sorgfältig gepflegt und eindefett und auch die anderen Waffen waren in gebrauchsfähigem Zustand.

Reichspost verkürzt Arbeitszeit

Berlin, 12. Juli. Die Reichspost hat auf Grund der Bestimmungen der zweiten Rotterordnung die wöchentliche Arbeitszeit des Personals im Betriebs- und Verwaltungsdienst vom 12. Juli ab auf höchstens 51 Stunden festgesetzt.

Professor Dr. Gundolf gestorben

Heidelberg, 12. Juli. Heute morgen gegen 11 1/2 Uhr ist der bekannte Literaturhistoriker Professor Friedrich Gundolf im Heidelberger akademischen Krankenhaus im Alter von 51 Jahren gestorben. Professor Gundolf war längere Zeit leidend.

Die badischen Staatsfinanzen Eine amtliche Aufklärung

Vom Staatsministerium wird mitgeteilt: Von der Presse sind vielfach hinsichtlich der Entwicklung der finanziellen Verhältnisse des Landes Baden innerhalb der letzten Jahre unrichtige Nachrichten verbreitet worden. Es erscheint daher zweckmäßig, eine zahlenmäßige Feststellung zu treffen:

Table with 2 columns: Year/Status and Amount in Reichsmark (RM). Rows include: Ist-Fehlbetrag der Jahre 1924-1926, Stand am 31. März 1928, Stand am 31. März 1929, Stand am 31. März 1930, and a breakdown of 1930 items like Landstraßenaufwand, Beamtenwohnungsneubauten, and Klinik in Freiburg.

Reiner Fehlbetrag nach dem Stand vom 31. März 1930 6 922 622,13 RM. Das am 1. April 1930 bestimmende Budget läuft noch und ist noch nicht abgeschlossen.

Die genannten Darlehen von 18 172 706,57 RM. konnten allerdings infolge Geldknappheit bis heute noch nicht aufgenommen werden.

Der Ist-Fehlbetrag vom 31. März 1927 mit 10 578 293 RM. ist also bei Berücksichtigung der Darlehen inzwischen nach dem Stand vom 31. März 1930 auf 6 922 622 RM.

herabgesetzt worden. Dabei ist zu beachten, daß in den letzten Jahren die Lebenshaltung von Ausgaben auf Anleihen, z. B. für Straßen im Vergleich zu früher überaus stark eingeschränkt wurde.

Zu dieser offiziellen Erklärung des Staatsministeriums bemerkt der Staatsanzeiger noch folgendes:

Gewaltige Abrüstungskundgebung in London

Englisches Vorbild

London, 11. Juli. In der Albert Hall fand heute nachmittags eine große Friedens- und Abrüstungskundgebung statt, an der mehr als 7000 Personen teilnahmen, darunter Vertreter aller Parteien und Bevölkerungsklassen. Der Andrang war so stark, daß noch zwei Versammlungen im Freien stattfinden mußten, denen die Reden durch Lautsprecher übermittelt wurden. Zahlreiche auswärtige Boten und Gesandtschaften waren vertreten, für Deutschland Gesandtschaftsrat Fritz Bismard.

Macdonald, Baldwin und Lloyd George forderten als Vertreter der Arbeiterpartei, der Konservativen und der Liberalen die Abrüstung. Premierminister Macdonald erklärte: Wir gehen nach Genf, entschlossen durch Argumente, durch Berufung auf schriftliche Dokumente und eingegangene Verpflichtungen, durch Hinweise auf die Geschichte und durch Appell an dem gesunden Menschenverstand, die Nationen der Welt zu veranlassen, sich zusammenzuschließen und diese ungeheure schädliche Rüstungslast zu vermindern.

Hierauf ergriff der konservative Führer Baldwin das Wort, der sich den Ausführungen des Premierministers anschloß, indem er betonte: Das Beispiel Englands sei nicht befolgt worden. Wir müßten auf eine Verminderung der Luftstreitkräfte der Welt drängen.

Der Liberale Lloyd George erklärte in seiner Ansprache u. a.: Dem nächsten Kriege gegenüber vermag die Vorstellungskraft und dennoch geht die Welt standhaft, tüchtig und stumpfsinnig auf diese Katastrophe los. Sie singt Friedenslieder und bereitet den Krieg vor.

Die Kundgebung schloß mit der Annahme folgender Entschließung: Die Versammlung begrüßt mit Wärme die kommende Abrüstungskonferenz und fordert die Regierung ab, alles in ihrer Kraft liegende zu tun, um eine wirkliche Verminderung der Heere, Flotten und Luftstreitkräfte der Welt zustande zu bringen.

Saarkundgebung in Neustadt a. d. S.

Neustadt a. S., 11. Juli. Die erste Tagung des Bundes der Saarvereine hat folgende Entschlüsse angenommen: „Berufen vom Wunsch der Saarvereine, haben sich in Neustadt a. S. Tausende aus dem Saargebiet und dem übrigen Reich zusammengefunden, um erneut ihre Stimme zu erheben für das Recht. Die Fremdberrschaft, die dem Volk an der Saar im Versaillesvertrag aufgezungen wurde, verletzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dessen Beachtung feierlich ausgedrückt worden war. Das Volk an der Saar hat in völlig eindeutiger und einmütigen Kundgebungen seit dem Beginn der Fremdberrschaft fortgesetzt die Rückkehr des Saargebietes unter die deutsche, preussische und bayerische Regierungen, die Rückgabe der Gruben an das Deutsche Reich und jede Angleichung an das deutsche Zollgebiet gefordert. Es erhebt diese Forderungen mit gleichbleibender Festigkeit auch heute. Wenn aber die Hoffnung auf eine alsbaldige Befreiung wiederum aufgegeben werden sollte, dann bleibt dem Volke an der Saar die feste Zuversicht, daß die Volksabstimmung im Jahre 1935 die bestersehnte Rückkehr zum Vaterlande bringen wird.“

Ostgrönland-Konflikt vor Haager Schiedsgericht

Kopenhagen, 1. Juli. Die dänische Regierung hat in einem heute vormittag abgehaltenen Ministerrat beschlossen, den dänisch-norwegischen Ostgrönlandkonflikt vor den internationalen Gerichtshof in Haag zu bringen.

Montevideo, 12. Juli. Die Regierung Paraguays hat das Angebot Argentiniens, in dem Konflikt mit Bolivien zu vermitteln, angenommen.

Nach der Erklärung des Finanzministers Dr. Schmitt vom 14. Januar 1931 beträgt nach vorsichtiger Schätzung das Finanzvermögen des badischen Staates mehr als 640 Millionen Reichsmark. Darunter befinden sich das Domänenvermögen und bedeutende Aktienwerte. In dem Betrag von mehr als 400 Millionen Reichsmark ist das Verwaltungsvermögen, z. B. die Hobeit- und Verwaltungsvermögen überbaut nicht berücksichtigt. Demgegenüber beträgt der Schuldenstand von heute etwa 136,5 Millionen Reichsmark. Das bedeutet also eine Belastung des Vermögens mit etwa ein Drittel. Die Schulden sind aber im wesentlichen verwendet worden für wachsende, unmittelbar produktive Anlagen, die ihrerseits wieder einen aktiven Vermögensstand darstellen, z. B. Kali, Badenwerk, Staatsbrauerei, Wohnungsbauten, Meliorationen, Bodenkultur, Wirtschaftsfonds, produktive Erwerbslosenfürsorge, Klinik, Wohnungsfürsorge, Erwerb der Aktien der Badischen Bank. Die Wohnungsfürsorge allein repräsentiert ein Vermögen von rund 57 Millionen Reichsmark.

Wie wir hören, beschäftigt das Staatsministerium in den nächsten Tagen eine genaue Aufstellung des Vermögens- und Schuldenstandes des Landes Baden zu veröffentlichen.

Wenn das Land Baden — wie andere Länder — trotzdem in eine mißliche Lage gekommen ist, so rührt das in erster Linie davon her, daß Baden an Reichssteuern herabgewickelt wurde. Das Jahr 1931 mindestens 27 Millionen Reichsmark weniger erhält als im Voranschlag auf Grund von Schätzungen des Reiches vorgelesen war. Die Einnahmen der Forsten aus Holz bleiben gegenüber der vorsichtigen Schätzung des Voranschlages infolge der katastrophalen Lage auf dem Holzmarkt um 7 bis 8 Millionen zurück. Eine Aufnahme von Darlehen für laufende Staatszwecke, Beamtengehälter und dergleichen ist finanzpolitisch nicht zu verantworten. Sie wäre übrigens auch nach der Lage auf dem Geldmarkt unmöglich. Das Reich hat jede Hilfe verweigert. Es hat im Gegenteil die Länder gezwungen, die Realitäten zu senken, was für Baden 2,5 Millionen ausmacht. Ferner ist das Land gezwungen, von der Landesbeamten-Verordnung zur Förderung entsprechend der Rotterordnung des Reichspräsidenten die Hälfte an die Gemeinden abzutreten. Allein diese beiden letzteren Beträge zusammen kommen dem Betrag gleich, der jetzt durch die badische Besoldungsfürsorge herbeigebrahrt werden muß.

Verbot der Hitleruniformen

Ein notwendiges Verbot endlich erlassen

Auf Grund des § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 hat der Minister des Innern für den Freistaat Baden das Tragen einheitlicher Parteiuniformen oder Bundeskleidung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen, insbesondere der Sturmabteilungen (SA), der Schutzstaffel (SS) und der Hitlerjugend mit sofortiger Wirkung verboten. Zu solcher Uniform oder Bundeskleidung gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen zu kennzeichnen. — Zuwiderhandlungen werden gemäß § 8 Satz 3 der Verordnung vom 28. März 1931 bestraft.

Das Innenministerium bemerkt zu diesem Verbot: Die Ausschreitungen und blutigen Zusammenstöße anlässlich des uniformierten Auftretens von Mitgliedern der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei haben sich gerade in letzter Zeit in Baden — und zwar nicht nur in den Städten, sondern insbesondere auch auf dem Lande — betrieblig gehäuft, das ein sofortiges energisches Eingreifen geboten war. Anlaß zu diesen Ausschreitungen war fast durchweg das provozierende Auftreten der Nationalsozialisten in Parteiuniform. Um weitere bedeutende Ausschreitungen und Störungen zu verhindern, blieb nur die Möglichkeit, erneut ein Uniformverbot für die NSDAP zu erlassen. Es darf erwartet werden, daß durch diese Maßnahme die Sicherheit von Ruhe und Ordnung im Lande Baden in erhöhtem Maße gewährleistet wird.

Kriegerischer Auseinandersetzungen in sich. Auch wir würden es aufs lebhafteste begrüßen, wenn alle Parteiuniformen restlos und für immer verschwinden würden, d. h. wenn die erforderlichen Voraussetzungen bereits vorhanden wären. Während aber die Parteiuniformen der Hitlerhorden von Anfang an und ganz offen ausgesprochen, im Kampfe gegen den bestehenden Staat getragen werden, also schon das Tragen dieser Uniform alle Merkmale des systematischen Hochverrats in sich birgt, ebenso auch die Uniform des Stahlhelm, der die anfänglich täuschende Maske abgelegt hat, wird die Uniform des Reichsbanners zum Schutze des bestehenden Staates getragen. Das uniformierte Gebilde des Reichsbanners ist auch nicht zum Angriff, sondern zur Abwehr der staatsfeindlichen Kräfte und Bestrebungen erdacht. Und diesem Charakter bleibt das Reichsbanner unverbrüchlich treu. Und nur zu diesem Zwecke und um dieser Aufgabe willen hat es heute noch als uniformierte Verteidigungsgruppe existenzberechtigt. Vor drei Tagen erst haben bei einer hochverräterischen Vorhaben gewidmeten Besprechung, die Herren Hugenberg und Hitler dem jetzigen Staat den Kampf auf Tod und Leben angelegt; bis zur Vernichtung des heutigen Systems, d. h. des heutigen Staates wollen sie wühlen, hegen und verleumben. Sie werden das auch unter Gewaltanwendung tun, wenn sie einen dazu günstigen Augenblick erspähen sollten. Und die famosen Hitlerrede werden sich dann als Zwirnspäden erweisen, über die nicht einmal ein politisches Baby stolpert. Schon allein aus dieser Kampfanlage des Führers der Hitlerhorden ist ein Uniformverbot gegen die Hitlerkrieger berechtigt und durchaus geboten.

Bedenkenswert ist die Haltung der versäimt volksparteilichen, aber sonst unerschämten nationalsozialistischen Presse zu dem Uniformverbot. Das Tiergartenpapier wünscht ein allgemeines Uniformverbot, trotzdem es selber zugeben muß, daß das Reichsbanner bei seinen Aufmärschen keinen Anlaß zu Störungen gab. Aber ungeachtet dessen: die B. F. fordert auch das Verbot der Reichsbanneruniform. Und es setzt seine Hoffnungen auf den neuen Finanzminister Dr. Matthes, indem es schreibt, man erwarte, daß er, Herr Dr. Matthes, „der von seiner Partei erhobene Forderung nach allgemeinem Uniformverbot zum Durchbruch verhilft“. Also der Herr Finanzminister soll dem neuen Innenminister Moeres lehren und soll ihn betrat unterkriegen, daß auch die Reichsbanneruniform verboten wird. Mit dieser Forderung hat die Badische Presse dem Kabinett einen verteuert schlechten Dienst erwiesen, denn, wenn jetzt auch ein Verbot der Reichsbanneruniform kommen würde, ohne daß das Reichsbanner selbst berechtigten Anlaß dazu geben würde, das wäre u. E. für die sozialdemokratische Partei unmöglich tragbar. Darüber sollte sich niemand einer Täuschung hingeben, weder innerhalb noch außerhalb des Kabinetts.

G. Sch. Diese neueste Amtshandlung und Verfügung des badischen Innenministers wird in allen ordnungsliebenden und republikanischen Kreisen mit Befriedigung aufgenommen werden. Das Treiben der uniformierten Hitlerhorden hat besonders in den letzten Wochen wiederholt nicht nur zu den schwersten Herausforderungen auch solcher Bevölkerungsteile geführt, die gar nicht in den parteipolitischen Kampf eingegriffen haben, sondern auch zu blutigen Vorgängen. Unterschleibslos wurde jeder Mensch angereizt, der gerade den Hinterwäldlern in den Weg gelaufen ist. Beinahe noch schlimmer waren die Herausforderungen, die dem Staate und seinen Organen öffentlich und in gesteigerter Gehässigkeit geboten worden sind, und die — leider — sowohl der Staat, wie auch seine Organe, mit einer Langmut hingenommen haben, die schon trübselig genannt werden muß. Das alles hat die Unerschämtheit und die Kuppelhaftigkeit der Hitlerhorden außerordentlich gesteigert, die Erregung in allen staatsstreuen Kreisen erhöht. Ein Staat und eine Staatsgewalt, die solches Treiben in solchem Umfange und von solchem Charakter ohne energische Abwehr sich gefallen lassen, geben sich selber auf und werden über den Haufen gerannt werden. In Baden hat man ohnehin und viel zu lange dem staatszerstörenden, den Bürgerkrieg bewußt vorbereitenden Treiben der Hitlerhorden und ihrer Anhängsel in völlig unbegreiflicher Geduld zugehört.

Es ist durchaus richtig: es ist von Uebel, wenn in einem geordneten Staatswesen das Volk in eine Anzahl parteipolitisch uniformierte Heerlager auseinanderfällt. Die Klüftungen in den einzelnen Parteilagern bergen, genau so wie die Klüftungen der Völker, stets die Gefahr schwerer

Wir billigen und begrüßen den neuesten Erlaß des Innenministers und erwarten zuversichtlich, daß er auch für strikte Durchführung seines Erlasses sorgt.

Aus aller Welt

Der Mädchenmord im Grunewald geklärt
Berlin, 11. Juli. Der Mord an der Büroangestellten Käthe Schmitz seiner Aufklärung entgegenzusetzen. Im dringenden Verbot, die Tat begangen zu haben, steht der Stiefvater des Mädchens, der 40 Jahre alte Kohlenhändler Otto Parke, der verschwunden ist und gesucht wird. Die häuslichen Verhältnisse scheinen nicht sehr glücklich gewesen zu sein. Parke hatte vor einiger Zeit seine Arbeit verloren und bezog Unterstützung. Er hatte aber eine ungemessene Vorliebe für Gerba. Er unternahm mit dem Mädchen Ausflüge und hatte für sich und die Fahrerin angekauft, die er bei einem Händler in Koobitz kaufte. Das im Grunewald zurückgelassene Mädchen kam aus diesem Geschäft. Der Händler hat es einwandfrei wiedererkannt. Am Donnerstagabend unternahm Parke und Gerba wieder einen Ausflug. Am Abend kehrten aber weder das Mädchen noch der Mann zurück. In der Nähe des Schloßplatzes im Grunewald hat man heute früh einen unbekannten Mann erhängt aufgehängt, der Tätowierungen auf den Armen hat. Ob der Mann mit Parke identisch ist, steht noch nicht fest. Nach Aussage der Angehörigen hat auch Parke Tätowierungen auf den Armen.

wurde durch ein Fenster ein Explosivkörper in das Theaterlager geworfen. Glücklicherweise war im Lager niemand anwesend. Die Polizei hat die Untersuchung eingeleitet.

Professor Ludwig Gurkitt gestorben
Freudenstadt, 12. Juli. Heute vormittag starb hier der bekannte Professor Dr. Ludwig Gurkitt im Alter von 76 Jahren.

Offizier überfallen, einer der Wegelagerer erschossen
Magdeburg, 12. Juli. Am Sonntag wurde ein Offizier der Reichswehr, der in Zivil an einer privaten Veranstaltung teilgenommen hatte, auf dem Seimweg von Rowdow überfallen, zu Boden geworfen und verletzt. Der Offizier machte in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch und verletzte einen der Wegelagerer tödlich.

Erzbischof Dr. Söderblom gestorben
Der schwedische Erzbischof Dr. Söderblom, ein bekannter Friedensvorkämpfer, ist in Uppsala an Verschlagen gestorben.

Gewerkschaftliches
Tarifvertrag im badischen Transportgewerbe verbindlich erklärt
Nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums wurde der Tarifvertrag für das badische Transportgewerbe, abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverband für das badische und pfälzische Transport- und Verkehrsgewerbe e. V., Mannheim und dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Karlsruhe, mit dem 1. Juli 1931 für allgemeinverbindlich erklärt.

Aus der Stadt Durlach
Gesuch um Verzeigung in den Ruhestand
In der letzten Stadtsitzung hat Oberbürgermeister Zöllner ein Gesuch um Verzeigung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Rücksichten eingereicht.

Wohnungseinbruch
Ein Handwerker von hier erlitt die Anzeige, daß ihm in seiner Wohnung sein Geldbeutel mit 31 M Inhalt gestohlen worden sei. Der Täter konnte ermittelt und der Geldbeutel wieder betraubt werden.

Nazitravalle gegen „Im Westen nichts Neues“
Frankfurt a. M., 11. Juli. Bei der heutigen Abendvorstellung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ im Romo-Palast

Sozialdemokratische Partei. Heute abend 8 Uhr findet im Zudenheim, Pfingststraße, die Fortsetzung der von der Genossin Starf (Karlsruhe) geleiteten Arbeitsgemeinschaft statt. Thema: Inauguraladresse von Karl Marx. Hierzu sind alle Genossinnen und Genossen herzlich eingeladen.

Markt-Bericht über den Schweinemarkt am 11. Juni. Befahren mit 53 Käuferfleischweinen, 256 Verkäuferfleischweinen. Verkauft wurden 53, bzw. 256. Preis per Paar 30—38 M, bzw. 12—24 M.

Kleine bad. Chronik

Die Erde rührt sich
Vergrüßlich bei Bad Peterstal
Bad Peterstal, 12. Juli. In der Nacht zum Samstag kamen etwa 20 000 Kubikmeter Geröll zwischen hier und Griesbach ins Ausfließen und stürzten zur Ebene hinab. An dieser Stelle, die bei der Eisenbrücke an der Randstraße liegt, wird zur Zeit am Bahnbau gearbeitet. Drei in der Gefahrenzone liegende Häuser mußten geräumt werden. Die Bahnbauarbeiten werden nicht beeinträchtigt.

Volles Beben im Brigachtal
Tannheim, 12. Juli. Wie erst jetzt bekannt wird, wurden hier und in der Umgebung am Donnerstag früh etwa 1.10 Uhr sechs Erdstöße wahrgenommen. Die drei ersten waren stärker, die drei folgenden schwächer. Die Fenster klirrten. Die Stöße schienen von Süden herzukommen in Abständen von einer Viertelminute.

Der Brandteufel
Nischen, Amt Baldsburg, 11. Juli. Gestern abend gegen halb 6 Uhr brach wahrscheinlich infolge Kurzschlusses in dem landwirtschaftlichen Innenhof der Witwe Senerin Jehle Feuer aus, das das städtische Wohnhaus mit Oekonomiegebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Dagegen verbrannte fast die gesamte Fahrhaube, insbesondere reichliche Heuvorräte. Der Schaden wird auf circa 30 000 M geschätzt.

Neudingen, Amt Donaueshingen, 11. Juli. Das dem Schmied Friedrich Hauser gehörende Anwesen wurde durch Feuer zerstört. Während die Scheune vollständig niederbrannte, konnte ein Teil des Wohngebäudes gerettet werden. Auch das benachbarte Wohnhaus Schärerer erlitt Brandschaden. Die Brandursache ist unbekannt. Der Gesamtschaden wird auf etwa 3000—4000 M geschätzt.

Hilsbach, 12. Juli. Heute Nacht brach hier Feuer aus, das die Dachstühle der Wohnhäuser des Karl Keil wie des Josef Bette sowie ein Holzschopf einäscherte. Zur Bekämpfung des Brandherdes griffen verschiedene auswärtige Wehren ein und gelang es dem vereinten Bemühen, den Brand zu lokalisieren. Der Schaden ist bedeutend und geht in die Tausende. Auch die Ursache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden.

Wullendorf, 11. Juli. Neue Verhaftungen in der Brandtsche. Im Zusammenhang mit den Bränden im Bezirk Wullendorf ist es zu neuen Verhaftungen gekommen. Auch in den im Hohenzollernschen gelegenen Wagenbuch ist es gelungen, einen Brand aus dem Jahre 1925 aufzuklären. Es handelt sich um den Brand der Gastwirtschaft „Zum Bären“ im Mai 1925, der nach den bisherigen Ermittlungen offenbar auf Veranlassung der Wirtleute gelegt worden ist. Der Besitzer H. B. und seine Frau wurden in das Untersuchungsgefängnis Sigmaringen verbracht.

Malsch, 11. Juli. Unglücksfall. Bei Dacharbeiten stürzte am Freitag vormittag der Maurer Anton Gräber vom Dach auf den Boden und zog sich dabei ziemlich schwere Verletzungen zu, die die Ueberführung in das St. Vincentiushaus in Karlsruhe notwendig machten.

Philippsburg, 11. Juli. Schweres Motorradunglück. Gestern nacht ereignete sich an der Ecke Rotentorstraße—Kirchweg ein schweres Motorradunglück. Ein hiesiger Motorradfahrer mit Beifahrer kam auf den Bürgersteig und stürzte, so daß er mit schweren Kopfverletzungen liegen blieb. Er liegt zur Zeit noch schwer darnieder. Der Beifahrer kam mit leichteren Verletzungen davon.

Aus dem Gerichtssaal

Vor dem Schnellrichter
Drei Monate Gefängnis für das Mitführen eines Gummiknüppels
Im Karlsruhe, 11. Juli. Der 18-jährige, bisher unbescholtene Blochner Rudolf R. aus Stein, Amt Forstheim, hatte in der Nacht zum 9. Juli an einer Verarmung der roten Hilfe im „Saalbau“ in der Lachnerstraße in Karlsruhe teilgenommen und war dann durch die Kaiserstraße, Karlsruhfriedrichstraße und Ettlinger Straße gezogen, wobei er sich in einem Trupp von 25 bis 30 Kommunisten befand. Als die Kommunisten durch die Ettlinger Straße zogen, wurde der Notruf alarmiert, da der Polizei zu Ohren gekommen war, daß die Gruppe die Mischstraße habe, ein Gasthaus in der Ettlinger Straße, in welchem Nationalsozialisten verkehren zu können. Von den Beamten des Notrufs wurde eine Durchsicherung der Kommunisten vorgenommen, wobei R. im Besitz eines Gummiknüppels befunden wurde.

Neben Bergheben gegen §§ 1 und 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wurde R. jetzt dem Schnellrichter vorgeführt. Er gibt an, daß er nicht gewußt habe, daß beim Zusammenreffen mit anderen an öffentlichen Orten zu politischen Zwecken, das Mitführen von Waffen verboten ist und mit einer Gefängnisstrafe von nicht unter drei Monaten bestraft wird. Seine Parteigenossen hätten an jenem Abend einen Kameraden nach Hause begleitet, da zu befürchten gewesen wäre, daß er von Nationalsozialisten, die es ihm schon angedroht hätten, verhaften würde. Er selbst sei auch schon bedroht worden und habe daher zu seinem persönlichen Schutz den Gummiknüppel mitgenommen.

Der Anklagevertreter beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Das Gericht erkannte auf diese Strafe und ordnete die Einziehung des Gummiknüppels an. Der Angeklagte nimmt die Strafe an. Er wurde sofort in Strafbauhaft abgeführt.

(Wir werden morgen auf dieses überaus harte Urteil das gegenüber den milden Urteilen gegen Nationalsozialisten ganz gemaltig abtrotzen, näher zurückkommen. Die Red.)

Gesunde weiße Zähne: Chlorodont Zahnpaste
TUBE 54 Pf. und 90 Pf.

Naziterror in Karlsruhe

Beschämende Ordnungsverhältnisse in der Landeshauptstadt Das Versagen der Polizeileitung — Herr Innenminister, schaffen Sie endlich Ordnung!

Der Polizeibericht über den Naziterror

Die Gasse als Helfer der Nazirüpel

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag verließ eine Anzahl Nationalsozialisten, die mit der Zusammenkunft und den Darbietungen einer Musiktruppe eines Kaffees in der Kaiserstraße nicht einverstanden war, unter Protestrufen das Lokal und demonstrierte alsdann vor dem Kaffee gegen die dort stattfindenden Vorstellungen. In kurzer Zeit hatte sich ihnen eine große Menge Neugieriger zugesellt, so daß die Polizei zur Räumung der Straße auffordern mußte. Dieser Anordnung ist verschiedentlich nicht Folge geleistet worden; das Einschreiten der Polizei wurde dadurch erheblich erschwert, daß zahlreiche Neugierige stehen blieben und so den Demonstranten die Möglichkeit boten, sich dem Zugriff der Polizei zu entziehen. Die Polizei mußte deshalb unter Singulierung von Verstärkung stellenweise gewaltsam zur Räumung schreiten. Hierbei sind mehrere Personen festgenommen worden.

Im Verlauf des gestrigen Abends kam es wiederum in dem Kaffee zu Kundgebungen von einer größeren Gruppe von Nationalsozialisten. Die sofort erschienene Polizei entfernte die Störer; hierbei kam es zu Gewalttätigkeiten gegen die Mitglieder der Kapelle. Im Anschluß daran wurden die Störungen auf der Straße fortgesetzt. Die Polizei räumte die Straße. Eine Anzahl Nationalsozialisten ist wegen Hausfriedensbruchs und wegen Vergehens gegen die Notverordnung vom 28. März 1931 festgenommen worden; sie werden dem Schnellrichter vorgeführt.

Unbeteiligte Zuschauer haben auch an diesem Tage durch ihr Verhalten das Vorgehen der Polizei erschwert. Es wird allgemein darauf aufmerksam gemacht, daß die Polizei ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Teilnehmer oder Neugierige handelt, künftig die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlichen Maßnahmen mit aller Energie durchzuführen wird.

Am Samstag und Sonntag konnten es in Karlsruhe die Hitlerhorden fertig bringen, Störungen zu verursachen, die für die Landeshauptstadt glattweg eine Schande sind. Es war diesem, meist noch im Lausbubenalter stehenden Hitlerburgen möglich, vor dem Kaffee Odeon und in ihm selbst Krawalle zu inszenieren, die, wenn sie sich wiederholen sollten, das Ansehen der Polizei und des Staates in den Augen großer Teile der Bevölkerung vollständig zu ruinieren.

Von einem ausmännlichen Augenzeugen, einem norddeutschen Mediziner, wird uns geschrieben: Einige Duzend Hitleranhänger bedrängten das Lokal am Samstag um mitternächtlicher Stunde, vor dem Kaffee Odeon zu protestieren. Auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig versammelten sich das Publikum zunächst abwartend, griff aber dann allmählich durch verlesene Ausrufe aus sicherer Distanz ein. Die „Tausende Volksleute“ war durch einige Berliner Musiker, die im Odeon-Kaffee beschäftigt sind und deren Kapellmeister zu allem Anlaß einen fremdländischen Namen führt, zum Leben gebracht worden. Der Krawall schwoll immer mehr an, und weit und breit war kein Polizist zu sehen. Endlich tauchte ein einzelner Richter auf, der sich, natürlich verzögert, bemühte, die künftlich aufgereagten Gemüter zu besänftigen und den Aufruhr zu zerstreuen. Die reichlich jugendlichen Rabaukenbrüder, von denen manche die schmale Brust mit einem kräftigen Sattelkreuz besetzt hatten, küßten sich in ihrer Ueberlegenheit sehr stark. Nach reichlich langer Rabaukenprobe erschien das sehr spät einselektete Überfallkommando, das mit dem gewohnten Willkommeneruß Hitlerischer Prägnanz empfangen wurde. Zunächst waren die Beamten verzweifelt bemüht, in Güte die Menschenmenge auseinander zu bringen. Für ihr schonendes Vorgehen wurden sie dann belohnt, daß ihnen im Stimmwechsel liegende Plurale entgegengelehrt wurden. Vereinzelt rafften sich besonders „Mutige“ in finsternen Straßenenden zu „Blutbunden“ auf. Der Auflockerung zum Weitergehen wurde vereinzelt Widerstand geleistet, was zu einigen Feststellungen führte. Der Transport der Sitzstühle zum Auto steuerte natürlich den Krawall, die Beleidigungen gegenüber den Beamten wurden nicht schwächer und die Beamten blieben auch weiter schonungslos. Ueberhaupt machten die Beamten den Eindruck, wie wenn sie gern möchten, aber nicht dürfen. Der Gummiknüppel ist ihnen anscheinend nur zur Zierde mitgegeben worden. Sie machten von dem hilflosen Gerät sehr unzureichend Gebrauch und wenn schon, dann so gelinde, daß man mehr von einer väterlichen Ermahnung sprechen kann. Wie mit dieser Methode ernstere Zusammenrottungen gemeistert werden sollen, bleibt rätselhaft. Wenn die Karlsruher Nazis diese Schwäche der Polizei erst richtig erfaßt haben, wird die Straße sehr bald der Schauplatz weiterer Ausschreitungen werden.

Die Kaiserstraße ist seit Samstag der Sammelpunkt raudanzender Nazielemente geworden. Auf der Straße und in dem den Nazis jetzt mißliebigen Kaffee Odeon, woselbst die Exzesse immer schärfere Formen an: Am Sonntagabend war die erste Schlägerei, die nicht die letzte bleiben wird, wenn nicht... Ja, wenn nicht die Polizei energischer vorgeht und endlich einmal Schlag macht mit dem übermütigen Treiben der jugendlichen Hitlerischen Couleure. Wir sprechen es ganz unumwunden aus, daß die Polizei nicht vollauf verfaßt; sie hat keineswegs die Lage erfaßt und nicht dafür gesorgt, daß genügend Kriminalbeamte im Kaffee Odeon anwesend waren, um detarielle Ereignisse nach dem mehr als beschämenden Schauspiel am Samstag zu verhindern. Die freilebende Bürgerchaft hat ein Recht darauf, vor solchen Exzessen beschützt zu werden. Aber hier geht es nicht nur um die Bürgerchaft; die Polizei hat auch die Aufgabe zu erfüllen, daß deutsches Ansehen nicht durch Straßenmob durch die Gasse geschleift wird.

Was hat den Anlaß zu den inszenierten Krawallen gegeben? Im Kaffee Odeon spielt seit dem 1. Juli eine vor dem in Berlin beschäftigte Kapelle. Sie mußte ohne Widerpruch seitens des Publikums bis zum Samstag, als es plötzlich den Nazis einfiel, sich künftlich beurlauben zu lassen und nach zu schlagen. Zielmäßig unbefähigt konnten die Nazis auf der Straße ihr widerliches Spiel treiben, weil zunächst überhaupt kein Polizist am Schauplatz war, später nur ein einzelner Ordnungsmann sich vergeblich bemühte, Herr der Lage zu werden. Viel zu spät wurde das Überfallkommando einmarschiert und noch dazu mit so geringer Mannschaft, daß es ebenfalls alle Mühe hatte, die inzwischen bedrohlich anwachsende Menschenmenge, die zum großen Teil ganz offensichtlich mit dem Treiben der Nazikümmel sympathisierte, zu zerstreuen. Das Vorgehen der Beamten machte ganz den Eindruck, als wenn sie durch Anordnungen an einem energiegelichen Zuwachen behindert waren. Es wurde

kaum von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht, trotzdem an verschiedenen Stellen den Anordnungen der Beamten nicht nur widerwillig Folge geleistet, sondern auch Widerstand entgegengebracht wurde. Die Beherrschtheit der Beamten war bewundernswert, die in ihrer Lage gewiß nicht zu beneiden waren.

Nach dem Ausgange des Vorfalles am Samstag war mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Nazis es nicht bei diesem einen Krawall bewenden lassen würden. Es kam, wie es kommen mußte: Am Sonntag versammelten sich in den späteren Abendstunden vor dem Kaffee Odeon eine größere Anzahl jugendlicher Nazis, die auch noch einen Teil ihrer Unmännlichkeit in das Lokal selbst herbeibrachten. Die Nazis hatten sich zum Ziel gesetzt, die Kapelle in ihrer Tätigkeit zu hindern und die vorgesehenen Ausschreitungen für ihre weiteren Zwecke zu benutzen.

Wie gegen 11 Uhr herrschte im Lokal leidliche Ruhe, das gestern abend nach den inzwischen bekannt gewordenen Ausschreitungen am Samstag sehr stark belebt war. Nach Beendigung eines Konzertes applaudierte das im Erdgeschoß weilende Publikum, während die im Obergeschoß planmäßig verteilten Nazis sich in Schmäherufen und Pfiffe erschöpften. Während der Konzertpause verließen vereinzelt Nazis das Lokal, allerdings nicht ohne sich von dem übrigen Publikum mit „Deutschland erwache“ zu verabschieden. Der Güte bemühten sie sich eine Unruhe, die von den verbliebenen Nazis durch ihr Verhalten genährt wurde. Als dann die Kapelle weiter konzertierte, drang kurz darauf eine härtere Polizeimannschaft in das Lokal, um es von den Unruhestiftern zu befreien. Ein Seitenlärm setzte ein, die Beamten wurden bei ihrem Vorgehen gegen das Obergeschoß angegriffen. Im Erdgeschoß wurden Stühle in die Kapelle geworfen, wobei die Instrumente in Trümmer gingen. Leider wurden in dem Tumult nur wenige Festnahmen von Unruhestiftern vorgenommen, weil, wie schon gesagt, zu wenig Beamte im Lokal postiert waren, um alle die Störerburgen zu inszenieren. Erfreulich ist festzustellen, daß der überwiegende Teil der angewandten Güte Stellung gegen die Nazis nahm.

Leider ist damit allein nicht getan, die Polizeibeamten haben, so gut sie konnten, ihre Pflicht erfüllt. Sie sind nicht daran schuld, daß sie zu spät und nur unzureichend eingeschritten worden sind. Der Fehler liegt bei der vorgesetzten Stelle, die allein dafür verantwortlich zu machen ist, daß gestern abend wiederum derartige Ausschreitungen möglich waren.

Hitlerkandal im Kaffee Odeon

Von einem Augenzeugen wird uns geschrieben: Im Kaffee Odeon, in welchem seit Ersten dieses Monats eine ungarische Kapelle konzertiert, entfiel am vorgestrigen Samstagabend ein Skandal, wie er in Karlsruhe noch nicht vorgekommen sein dürfte. Eine Rote von etwa 50 Hitlerhorden in unter Anführung des rühmlichst bekannten Redakteurs Morale und seines Zeitungsverwalters hatten sich im Kaffee Odeon an verschiedenen Tischen verteilt und fingen, wie auf Kommando, plötzlich an, die ungarischen Musiker mit unflätigen Schimpfwörtern zu überhäufen. Ausbrüche, wie „Stinkjuden“, „Saudjuden“, „Hepp-Hepp“ usw. schwirren von allen Seiten durch den Saal und die Leute wurden zuerst nicht, was los ist, bis die Kerle wie besessen, nach dem Musikpodium schrien „aufhören“, „aufhören!“ Zeit mußte man, wo es hinaus will. Die antilemliche verhetzte Rabaukshorden hatten angenommen, die schwarzhaarigen Ungarn seien Juden, was aber nebenbei bemerkt gar nicht zutrifft. Es befindet sich nicht ein einziger Jude darunter. Die Witalieder der Kapelle bezeichneten sich alle als katholisch. Der Rabau wurde immer ärger, so daß die Musiknotierungen aufhören mußte. Die Hitlerhorden schimpften immer lauter, wiffen durch die Finger und riefen „plui — plui“ während andere Beifall klatschten. Die Geschäftsleitung bot Ruhe, war aber machtlos, so daß der Notruf in Funktion treten mußte. Als die Rabaukbrüder merkten, daß Polizei da ist, verzogen sie sich schamlos. Einer der Kerle schrie noch unter der Tür ins Lokal: „Wer sich als Deutscher fühlt, hat herauszugehen!“ Vor dem Kaffee sammelte sich dann eine große Menschenmenge an, die absolut nicht weichen wollte und bis nach 12 Uhr herumspinnerte und rufschreienden Lärm verursachte. Schließlich war die Polizei angewiesen, verläßt durch herbeigerufenen Beihilfskraft den Platz vor dem Kaffee mit Hilfe des Gummiknüppels zu säubern und mancher Unbeteiligte und Neugierige soll dabei etwas abbekommen haben. Die Güte hatten sich durch den Skandal alle verzogen, so daß die Kapelle von halb 12 Uhr an vor leerem Tisch spielen und dem Kaffee ein großer Schaden erwuchs.

Man kann sagen: Herrliche Zustände heute in Karlsruhe, und man wird so langsam neugierig, wie lange dieses Hitlerkandale noch sein Unwesen treiben darf.

Wir haben einem aus Norddeutschland hier zufälliggerweise auf Besuch weilenden Journalisten das Wort gegeben, ebenso einem uns gut bekannten hiesigen Herrn, um die Einzelheiten über die Vorgänge am Samstag und Sonntagabend zu schildern. Am Sonntagabend sind wir selbst Zeuge gewesen, wie der Notruf von den Hitlerhorden und vom Publikum vor dem Odeon empfangen wurde. Schon vor 11 Uhr konnte jeder Passant, der durch die Kaiserstraße ging, mühelos feststellen, daß eine größere Anzahl Menschen förmlich darauf wartete und darüber diskutierten, wann der Krawall im Odeon losgehen werde. Nur die hohe Polizei in Karlsruhe sahien trotz der Vorgänge am Samstagabend zunächst von alledem nichts zu merken und nichts zu hören. Als endlich sogar die Langmut und die Einsicht der Karlsruher Polizei ein Ende nahm, und der Notruf erschien, da wurde er von den jugendlichen Horden mit Pfeifen und Hohnschrei und wüsten Schimpfwörtern empfangen. Der polizeiliche Einsatz war so schwach, daß er nicht einmal ausreichte, um im Odeon rasch Ordnung zu schaffen und die rabaulustigen Elemente in möglichst großer Zahl festzunehmen, geschweige denn, daß er ausgereicht hätte, gegen die offenkundige und beschämende Verhöhnung der Polizei auf der Straße energisch und gebührend Front zu machen. Im Kaffee selbst trat nun etwas ein, was für die bismarckischen Ordnungsverhältnisse in Karlsruhe so besonders charakteristisch ist:

Als die Polizei im Kaffee erschien, dann gingen die Hitlerburgen zum regelrechten Anariff über. So tief ist das Ansehen der Polizei in Karlsruhe in politischen Lausbubenkreisen bereits gesunken, daß diese Laus-

tuben sogar sich erfreuen dürfen, kann zu dem ernstesten Krawallhorden überzugehen, wenn eben die Polizei auf dem Schauplatz eingetroffen ist. Das sind unhaltbare Zustände, und die Landeshauptstadt im Pfälzterlande Baden wird einfach zum Gespött. Daß das aber so mit der Zeit kommen mußte, das haben wir schon längst vorausgesehen und in mehrfachen Kritiken gegenüber der hiesigen Polizeileitung darauf hingewiesen. Die Stunde scheint nun gekommen zu sein, daß Fraktur geredet wird. Und da wollen wir in aller Offenheit es sagen, daß die für die Karlsruher Ordnungsverhältnisse und für die Karlsruher Polizei insgesamt so beschämenden Vorgänge so lange fortauern werden, so lange Herr Hauser Polizeidirektor in Karlsruhe ist und solange Herr Regierungsrat Schäfer im Bezirksamt mitzubestimmen hat. Der neue badische Innenminister, dem naturgemäß die Karlsruher örtlichen Verhältnisse noch nicht bekannt sein können, mag sich versichert halten, daß in der Landeshauptstadt Karlsruhe das Ansehen des Staates und der Polizei weiter in raschem Absinken begriffen ist, solange nicht die polizeiliche Leitung in Karlsruhe in die Hände von Männern gelegt wird, die die für ihr Amt erforderliche Energie und Tatkraft aufbringen, die statt schöner Worte nach allen Seiten hin fähig sind, auch zur Tat zu schreiten. Die Abberufung des Polizeidirektors Hauser ist eine der ersten ordnungspolizeilichen Maßnahmen, die getroffen werden muß, sollen die die Landeshauptstadt Karlsruhe so beschämenden Verhältnisse geändert werden. Die unteren Polizeimannschaften sind im allgemeinen durchaus bereit und gewillt, Ordnung zu schaffen und so einzuschreiten, daß ihr Ansehen als Exekutive des Staates nicht von Horden und Lausbuben vor aller Öffentlichkeit heruntergezerrt werden kann. Wer aber die Vorgänge in letzter Zeit in Karlsruhe näher beobachtet hat, und wer sich öfters mit erfahrenen unteren Polizeibeamten unterhält, der hört auch von den Beamten immer wieder die bittere Klage vom dem Versagen der oberen Stellen, speziell wenn es sich darum handelt, gegen hakenfrenzierische Demonstranten und Krawale vorzugehen. Wir erwarten vom neuen Innenminister, daß er mit der Politik der Nachsicht bricht, mit der bisher auch im badischen Innenministerium regiert worden ist und wir erwarten weiter von ihm, daß er innerhalb der Leitung der Karlsruher Polizei endlich Ordnung schafft. Man stelle sich doch nur einmal vor, zu welchen Zuständen es etwa in Berlin kommen würde, in der 4-Millionenstadt, wenn die Leitung der Polizei so versagen würde, wie wir es in dem immerhin doch kleinen Karlsruhe leider zu verzeichnen haben. Will der neue Herr Innenminister sich nicht selbst ganz erhebliche Schwierigkeiten in seinem Amte machen, wird er als Innenminister tun müssen, was in den letzten Jahren offenbar nicht richtig getan worden ist. Noch ist es Zeit, dem politischen Komplotz mit vollem Erfolg Einhalt zu gebieten, aber noch einige Wochen oder Monate eine Vera Hauser, und dann dürfte es auch damit vorbei sein. Greifen Sie zu, Herr Innenminister, die gesamte ordnungsliebende Bevölkerung wird Ihnen dafür dankbar sein.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Im Weiberfeld, Ecke Eng- und Tauberstraße, fuhr ein 11 Jahre alter Volksschüler, der einem von rechts kommenden Personkraftwagen gegenüber das Vorfahrtsrecht außer Acht ließ, mit seinem Fahrrad voll der Kraft auf den Kraftwagen auf. Der Radfahrer flog über den Kühler des Kraftwagens hinaus und zog sich Verletzungen am Kopf und am linken Arm zu. Das Fahrrad ging vollständig in Trümmer. An dem Kraftwagen ist nur leichter Sachschaden entstanden.

An einem Sonntagabend von der Neureuter Landstraße nach dem Ortsausgang Mühlburg zu fahrenden Lastkraftwagen platze der Gummireifen des rechten Vorderrades, wodurch der Fahrer des Lastkraftwagens die Herrschaft über sein Fahrzeug verlor. Das Fahrzeug kam ins Schleudern, fuhr freud und quer über die Straße und stürzte schließlich um. Der Kraftwagenführer und ein 15 Jahre altes Mädchen stürzte aus dem Wagen und mußte mit ziemlich schweren Verletzungen in das städtische Krankenhaus verbracht werden.

Unfälle

In einem Fabrikbetrieb in der Zepelinstraße brachte eine Arbeiterin ihre rechte Hand in eine Maschine, so daß ihr vier Finger zerdrückt wurden. Sie wurde ins städt. Krankenhaus eingeliefert. Ein 36 Jahre alter Musiker von hier stürzte dadurch von seinem Fahrrad, daß sich die Trepperturbel gelöst hatte. Der Mann mußte mit einem Oberarmbruch ins städt. Krankenhaus eingeliefert werden.

Kaminbrand

In der Werkstatt einer Elektrographenhandlung entstand am Samstagabend ein Kaminbrand, der von einem Wächser der Feuerwache gelöscht wurde.

Schlügereien

Drei Studenten von hier gelangten zur Anzeige, weil sie in der Nacht zum Sonntag einen Zahnkünstler durch Schläge in das Gesicht verletzten.

Ferner mußten wegen Körperverletzung ein Hilfsarbeiter und ein Kammacher angezeigt werden. Der eine der beiden Täter hatte zum Aufschlagen ein geschlossenes Taschenmesser benutzt.

Am Sonntag nacht schlug bei einer tätzlichen Auseinandersetzung in einer Wirtschaft ein Mann einem anderen einen Teller auf den Kopf, so daß letzterer mit einer stark blutenden Kopfwunde in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Auch in mehreren anderen Fällen mußte im Laufe des Samstag und Sonntag die Polizei wegen Streitereien und groben Unfugs einschreiten.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Vorausichtliche Witterung für Dienstag, den 14. Juli 1931: Veränderlich, zeitweilige Gewitterregen und Schwall bei westlichen Winden.

Wasserstand des Rheins

Radobut 364, Schutterinsel 240, Rebl 375, Maxau 562, Mannheim 487 Zentimeter.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe.
Bienenfabrik. Heute, Montag, abends 8 Uhr, Verammlung im Lokal Gambinusstraße. Alles erscheinen. 5870
Arb.-Samariter. Heute Montag, 20 Uhr, Besellschule, Übungsabend. 5887
Lassalla. Dienstag abend 8 Uhr Gesamtprobe im Klefanten. 5901
Sängerbund Karwärts. Die Liste zum Einschreiben für den Familienausflug nach Mosbronn am 28. Juli liegt im Lokal Gähmwald, Ruppertstraße, auf. Sie muß spätestens am Freitag, den 17. Juli, abgeschlossen werden. Wir bitten die Mitaktive und deren Angehörige sich recht zahlreich zu beteiligen. Alles Nähere ist aus der Liste zu ersehen. — Die Verwallungssitzung findet erst am Dienstag, den 21. Juli, statt. 5884

Die ersten neuen
Odenrilder
Grünkern
ganz u. gemahlen
PFANNKUCH
sind eingetroffen

Bürgerausschußversammlung

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf **Montag, den 20. Juli d. J., pünktlich 10 Uhr**, in den Bürgeraal des Rathauses.

- Tagesordnung:**
1. Geschäftsberichterstattung für den Bürgerausschuß.
 2. Berichterstattung des Stichtags zum Stadtweihfesten (12).
 3. Kostentabelle (20).
 4. Grundstücksverordnungen gemäß Gemeindebeschluss vom 4. Juni 1926 (13).
 5. Grundstücksverordnungen und Geländetausch (15).
 6. Verkauf der Grundstücke Gb. Nr. 882 c und 882 d an der Hans-Sachs-Straße (14).
 7. Tausch des städt. Grundstücks Gb. Nr. 8775 mit dem Grundstück Gb. Nr. 8778 des Gärtners Jakob Wäber (9).
 8. Straßenaufbau auf dem alten Gottesacker (Erzgerberplatz) (10).
 9. Neuordnung des Wochenmarktes (17).
 10. Neubau der Lichtburg; h. i. Gofastung eines Notausganges nach dem städtischen Friedhof, Kaiserstraße Nr. 136 (16).
 11. Auflösung der Pferdehaltung beim städt. Fuhrpark (18).
 12. Erstellung städtischer Aufträge an Mitglieder städtischer Kollegen (39).
 13. Abhör städtischer Rechnungen der Jahre 1926, 1926 und 1927 (11).
- Start der Sitzung - von 15⁰⁰ bis 16⁰⁰ Uhr - findet die Erneuerungssitzung zweier Mitglieder des Städtischen Rates der Adolf- und Johanna-Wiesfeld-Stiftung statt. 1367
Karlsruhe, den 9. Juli 1931.
Der Oberbürgermeister.

Der Stadtrat hat die Feststellung von Straßen- und Bauflächen der Kopernikusstraße beantragt.
Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Antragsverzeichnis 14 Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an auf der Kanzlei des Städt. Tiefbauamtes zur Einsicht aufgelegt. Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind bis zum 26. Juli 1931 bei dem Tiefbauamt geltend zu machen. 1368
Karlsruhe, den 4. Juli 1931. D. 3.49.
Badisches Bezirksamts - Abteilung II.

Güterrechtsregister-Einträge

1. Zu Band II Seite 123: Ihlein Friedrich, Bauherr, Karlsruhe und Anna Rosa geb. Bauer. Vertrag vom 22. Juni 1931. Gütertrennung. 1359
2. Seite 124: Pfister Leopold, Kaufmann, Karlsruhe und Brunhilde geb. Diebisch, Vertrag vom 15. Juni 1931. Gütertrennung. 4. VII. 31.
3. Seite 125: Berger Hermann, Kaufmann, Karlsruhe und Anna geb. Kölln, Vertrag vom 15. Juni 1931. Gütertrennung. 4. VII. 31.
4. Seite 126: Winter Oskar Wilhelm, Kaufmann, Karlsruhe und Rosa Juliana geb. Walz. Vertrag vom 6. Juni 1931. Gütertrennung. 7. VII. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge

1. Rheinische Maschinenwerke, Aktien-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe in Karlsruhe. Haupt- und Niederlage a. d. H. Dr. jur. Wilhelm Böhmke ist nicht mehr Vorstand. An seiner Stelle wurden Franz Sanger, Kaufmann in Seelen und Albert Wagnin, Fabrikdirektor in Braunshweig bestellt. Beide vertreten gemeinsam oder jeder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Die Prokura des Albert Wagnin ist erloschen. 30. VI. 31.
2. Karlsruher Lebensversicherungs-Bank Aktien-Gesellschaft, Karlsruhe. Dr. phil. W. Tetzner, Direktor, Karlsruhe, ist zum weiteren Vorstandsmittglied bestellt. 4. VII. 31.
3. Oberheinische Treuhand- und Aktiengesellschaft Karlsruhe. Julius Gehl ist nicht mehr Vorstand. Vorstand: Franz Joseph Sommer, Kaufmann in Karlsruhe. 7. VII. 31.
4. Berlin-Karlsruher Industrie-Werke Aktiengesellschaft in Berlin mit Zweigniederlassung in Karlsruhe. Die Prokura des Eduard Wölner ist erloschen.
5. Via Anlagen-Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Karlsruhe, Hauptniederlassung Berlin. Gesamtprokuristen: 1. Friedrich Glas, Berlin-Reutbahn. Er vertritt gemeinsam mit einem Prokuristen Paul Kattis, Ebnach Stroder oder Dr. Friedrich Wenzel. 2. Dr. Friedrich Wenzel, Berlin-Wilmersdorf; er vertritt gemeinsam mit einem Prokuristen Kattis, Stroder oder Glas. 8. VII. 31.
6. Süddeutsche Kaufmanns- und Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Baden). Josef Köpfer ist nicht mehr Geschäftsführer. Geschäftsführer: Franz Josef Sommer, Kaufmann, Karlsruhe. 11. VII. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge

1. Christian Kunzmann, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 6. VII. 1931.
2. Karl Striegel & Co., Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Juli 1931. Verbindlich haftende Gesellschafter: Karl Striegel, Kaufmann, Karlsruhe; Eugen Wölner, Kaufmann, Feuerbach. Jeder der Gesellschafter Karl Striegel und Eugen Wölner vertritt nur gemeinsam mit dem anderen Gesellschafter oder mit einem Prokuristen. Gesamtprokurist: Alfred Wölner, Kaufmann, Karlsruhe. Er vertritt gemeinsam mit einem verbindlich haftenden Gesellschafter. (Handel mit Feinmehl und Speisebackwaren. Gottesackerstraße 24). 8. VII. 31.
3. Automobilhaus Peter Eberhardt, Karlsruhe. Gesamtprokuristen: Friedrich Eulich und Engelmann, beide Kaufleute in Karlsruhe. Sie vertreten gemeinsam. 9. VII. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 1361

Todes-Anzeige

Mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel
Hans Weber, Metalldreher
wurde uns heute nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von nahezu 61 Jahren unerwartet tot entziehen.
Karlsruhe, den 12. Juli 1931.
Witwenstraße 28.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Jean Anna Weber Witwe.
Ella Jini, geb. Weber
Emilie Weber
Fritz Jini jr.
Beerdigung, Dienstag, den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus.

Schlafzimmer

Elche. Wir haben ein neues Modell eines Schlafzimmers herbei bekommen. Es handelt sich hier um ein ganz hervorragend schönes Zimmer. Alle Ecken sind ganz stark gerundet u. Nußbaum poliert. Der Schrank hat drei volle Türen, die mittlere Tür ist ebenfalls Nußbaum Maserung hochglanz pol. Für dieses Zimmer übernehmen wir 10 Jahre Garantie. Wir bieten Ihnen dieses erstklassige Eichen-Schlafzimmer zum Preise von **590.-** an und bitten Sie, solche zu besichtigen, denn Sie werden über die Schönheit des Modells erstaunt sein und den Preis zu niedrig finden.
Klein Laden
Ständliches Lager über 100 Zimmer u. Küchen Teilzahlungs.
Kleinsteher Mann oder Frau, oder Ehepaar findet ruhiges Heim mit voller Pension bei kinderlosem Ehepaar mit eigenem kleinem Parkhaus an sonnigem Hof und Garten bei mäßigem Preis in einem der schönsten Gegenden unter Nr. 5581 an den Volksfreund.

Von der Reise zurück

J. Eckert
1514
staatlich geprüfter Dentist
Hebelstraße 18 - Telefon 2910

Kapok-Matratzen

aus bestem Kapok in gutem Drell **72.- 58.- 48.-**
M. Kachur, Kaiserstraße 19.

Badisches Landes-theater

Montag, 13. Juli
Vorbereitung:
Vor Sonnenaufgang
Drama von Gerhart Hauptmann
Regie v. d. Trenk
Rittmeister: Detram Ermarth, Frauenborjer, Genter, Seiling, Onie, Hebelien, Källig, Brand, Dahlen, Graf, Herz, Dietl, J. Renschert, Kuhne, Luther, Präter, S. Wälder
Anfang 19.30 Uhr
Ende 22.30 Uhr
Breite A (0.70 - 5.00 M.)
In dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich.

Stadtgarten

Dienstag, 14. Juli
von 20-22^{1/2} Uhr:
Sohnan-Strauß-Abend
ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung von Kapellmeister Rudolf Gubr
Für die Abendkonzerte gelten die ermäßigten Eintrittspreise (40 Pf. bzw. 20 Pf.)

Kleine Preise für kleine Kunden

Extra billige Kinder-Angebote - Montag, Dienstag, Mittwoch



Liebe Kinder!
Kommt mit Euren Eltern zu Knopf!
Der ganze Lichthof gehört Euch: es gibt alles was ein Kind braucht, oder sich wünscht, zu lächerlich billigen Preisen!
An den Kassen erhaltet Ihr - gegen Euren Kassenzettel - 1 Briefbogen, 1 Umschlag und eine Marke für die Kinderpost. Dann sollt Ihr uns 4 Fragen beantworten - für die hübschesten Einsendungen haben wir wunderschöne Gewinne ausgesetzt. Ihr könnt sie im Lichthof ausgestellt sehen. Strengt Euch recht an, denn jeder kann bei diesem **PREISSAUSSCHREIBEN** der glückliche Gewinner sein.

- Das Kind - und seine Kleidung
- Das Kind - und seine wäsche
- Das Kind - und die Stoffmode
- Das Kind - wie es wohnt und schläft
- Das Kind - und seine Fussbekleidung
- Das Kind - die Schule und Ferien
- Das Kind - und sein Spielzeug
- Das Kind - und die Körperpflege
- Das Kind - und sein Lesestoff
- Das Kind - und seine Nahrung

KNOFF

Weck bedeutend billiger!

Nur noch 7.50 kostet die komplette Steriliser-einrichtung (Topf, Glasehalter, Federn, Thermometer und ein kl. Lehrbuch)
Anerkante Verkaufsstelle: HAMMER & HELBLING KARLSRUHE

Küche

Es handelt sich hier um eine mod. Wohnküche, welche wir von einer groß. Küchen-Spezialfabrik riesig billig erworben haben, weil die Fabrik diese Modelle ausverkauft. Die Küche besteht aus 1 großen Büfett, Inneneinrichtung aus Holz, mit Besteckkasten, mit grünen Gardinen bespannt, 1 gr. Tisch mit Linol, 2 Stühle und 1 Hooker. Der Preis für diese Küche von **150.-** wird Ihnen fest zu niedrig erscheinen, aber die Beschaffenheit verpflichtet Sie zu nichts. Für Jungverlobte die beste Gelegenheit u. Verheiratete zum Umtausch ihrer gekbr. Küche.
Zauberung von Keller u. Speicher geg. Heber-laffung von allem strom beorgt grunbegründer Mann. Heberwimm u. legliche andere Arbeit. Preis Mieters, Winter-straße 23, III. 8 970

Volksfürsorge

Gewerkchaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5.

Größte Volksversicherungs-Gesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RMK. Versicherungssumme, 150 Millionen RMK. Vermögen davon Eigentum der Versicherten
Prämienreserve über 100 Millionen RMK
Gewinnanteile über 32 Millionen RMK
zusammen über 132 Millionen RMK.
Versicherungsleistungen: über 12 Million. RMK seit November 1923 (Ende der Inflation).
Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe, Schützenstraße 16; Schramberg i. Würtemb. Volkshaus, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5.
An der Auster 67-61